

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kai Jan Krainer

Genossinnen und Genossen

betreffend: **Steuergerechtigkeit für Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen**

eingebraucht in der 262. Sitzung des Nationalrates im Zuge der Debatte zu Top 9 Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (2510 d.B.): Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und die Bundesabgabenordnung geändert werden (Grace-Period – Gesetz) (2543 d.B.)

Begründung

Mit dem Grace-Period-Gesetz wird für Familienunternehmen und KMU bei Unternehmensübergaben von der Finanzverwaltung die Möglichkeit geschaffen, durch eine begleitende Prüfung der Steuersachverhalte durch die Finanz, Rechtssicherheit für die Unternehmen in der Beurteilung steuerlicher Sachverhalte zu schaffen. Zweifelsohne sind Steuerprüfungen ein Element, um Steuergerechtigkeit herzustellen. Dabei geht es nicht nur darum, Zweifelsfragen bei der steuerlichen Veranlagung von Familienunternehmen zu klären, sondern vor allem darum, dass es keine Toleranz für Steuerbetrüger geben darf, um die vielen steuerehrlichen Bürger:innen und Familienunternehmen/KMUs zu schützen. Eine Arbeitsgruppe im Finanzministerium hat analysiert, dass rund 70% der Privatstiftungen in Österreich noch nicht geprüft wurden.¹ Unsere Steuergesetze müssen einfacher und weniger gestaltungsanfällig gemacht werden, denn es müssen auch unerwünschte Steuergestaltungen, die legal sind, aber die Steuern für diejenigen, die sich teure Berater leisten können und damit ihre Steuern reduzieren, verhindert werden. Die bestehenden Steuern müssen daher effizienter eingehoben und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Das bedeutet auch, dass Österreich auf EU-Ebene für effektive Maßnahmen gegen internationale Gewinnverschiebungen eintreten muss.

Bei der Frage der Steuergerechtigkeit geht es aber nicht nur darum, Familienunternehmen bzw. KMUs zu prüfen, sondern es ist auch die Frage zu stellen, welchen Anteil natürliche Personen als Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen am Gesamtsteueraufkommen leisten, denn rd. 80 Prozent des Steueraufkommens stammen aus der Besteuerung von Arbeit und Konsum. Wertsteigerungen bei der Umwidmung von Grundstücken haben nichts mit Leistung, sondern nur mit einem Umwidmungsvorgang zu tun - sie sollen durch eine Umwidmungssteuer abgeschöpft werden. Statt eine Millionärssteuer auf Vermögen und Erbschaften der Reichsten einzuführen, hat die ÖVP/Grünen-Bundesregierung den Körperschaftsteuersatz von 25% auf 23% gesenkt und damit ein Milliarden-Steuer Geschenk an Großkonzerne und Unternehmen verteilt. Die Abgeltung der kalten Progression in der Einkommen-/Lohnsteuer zahlen sich die Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen durch zuvor höhere Steuerzahlungen infolge Anhebung der Löhne und Pensionen selber. Der SPÖ-Vorschlag einer Millionärssteuer trifft ausschließlich Nettovermögen, die über 1 Mio. € liegen, zusätzlich ist das bewohnte Eigenheim durch einen Freibetrag von bis zu 1,5 Mio. € ausgenommen. Dasselbe bei einer Erbschafts- und Schenkungssteuer, bei der nur Millionenerbschaften besteuert werden, das weitergegebene

¹ s. <https://www.derstandard.at/story/3000000219026/wie-steuerpruefer-die-superreichen-ins-visier-nahmen>

Eigenheim an Lebensgefähr:in oder Kinder aber steuerfrei bleibt. Eine echte strukturelle Steuerreform muss den Steueranteil von Arbeit am Gesamtabgabenaufkommen verringern und den Anteil von Steuern auf leistungslose Einkommen aus Kapital und Millionenvermögen erhöhen. Wenn Millionenvermögen und Millionenerbschaften einen gerechten Beitrag leisten, werden 98% der Österreicherinnen und Österreicher weniger Steuern zahlen.

Durch die fehlende Gegenfinanzierung der Krisenmaßnahmen in den vergangenen Jahren hat der ÖVP-Finanzminister im vergangenen Oktober ein Budget vorgelegt, mit dem das Defizit des Jahres 2023 auch im Jahr 2024 mit -2,7% des BIP fortgeschrieben wird, und es wird bis 2027 auch nicht sinken.² Der Fiskalrat sieht in seiner Schnellschätzung vom April 2024 die Maastricht-Defizitobergrenze von 3% gefährdet, denn das Defizit könnte für 2024 und 2025 auf über 3% des BIP steigen, auch die Schuldenquote wird sich erhöhen³, womit keine budgetären Spielräume mehr vorhanden sind.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

„Die Bundesregierung, insbesondere der Finanzminister wird aufgefordert, dem Nationalrat ehebaldigst ein Gesetzespaket für eine echte strukturelle Steuerreform vorzulegen, mit welcher höhere Steuern auf leistungslose Einkommen auf Kapital und Vermögen durch

- eine Rücknahme der KÖSt-Senkung,
- effektive Maßnahmen gegen Gewinnverschiebungen,
- die Abschöpfung von krisenbedingten Übergewinnen,
- die Einführung einer Millionärsabgabe sowie einer Erbschafts- und Schenkungssteuer für Millionenerbschaften ab 1 Mio. €, wobei ein zusätzlicher Freibetrag für das Eigenheim in Höhe von 1,5 Mio. € vorzusehen ist, und
- das Schließen von Steuerschlupflöchern

eingehoben werden, um im Gegenzug die Steuern auf Arbeitseinkommen und Pensionen senken zu können.“

(Handwritten signatures and names in blue ink)

HOCHWITZER
 MATHIAS
 MATZNETTER
 [SODER]
 BAUR
 U. J.

² <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/budget-2024.html>

³ https://fiskalrat.at/dam/jcr:f987e479-a56b-40a2-ba88-de6de767bee2/2024_04_Presstext_Schnellsch%C3%A4tzung_FISK-B%C3%BCro.pdf

